

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa
vom 23. Oktober 2018
– Drucksache 16/5072**

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 23. Oktober 2018 – Drucksache 16/5072 – Kenntnis zu nehmen.

21. 11. 2018

Der Berichterstatter:

Fabian Gramling

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung Drucksache 16/5072 in seiner 23. Sitzung am 21. November 2018.

Vorsitzender Willi Stächele legte dar, langjähriger Praxis entsprechend würden europapolitische Mitteilungen des Ministeriums im Plenum beraten, weshalb sich der Ausschuss diesbezüglich eines Votums enthalte. Mittlerweile habe er als Ausschussvorsitzender jedoch eine andere Auffassung hierzu gewonnen. Er habe den Eindruck, dass der Ausschuss auf diese Weise auf die Möglichkeit verzichte, Klarstellungen vorzunehmen oder Inhalte aufzunehmen. Werde die Vorlage abschließend im Plenum behandelt, sei dies eine andere Art von Austausch, als er im Fachausschuss gemeinsam mit dem verantwortlichen Minister stattfinden könne.

Er empfehle daher, das Verfahren zwar nicht schon mit sofortiger Wirkung zu ändern, künftig aber im Fachausschuss einen detaillierten oder auch kontroversen Dialog zusammen mit dem Minister zu führen und dies zu einem der Schwerpunkte der Ausschussarbeit zu machen. Die bisherige Praxis erscheine ihm diesbezüglich nicht ganz zufriedenstellend.

Im Sinne der Aktualität der Debatte bat er den Minister, über die am Vortag bedendete Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten (COSAC) in Wien zu berichten.

Minister Guido Wolf führte aus, die Bundesrepublik Deutschland sei in der COSAC vertreten durch den Vorsitzenden des Europaausschusses im Deutschen Bundestag und den Vorsitzenden des Bundesrats-Ausschusses für Fragen der Europäischen Union. Das letztgenannte Amt habe üblicherweise Baden-Württemberg inne; der Vorsitz liege derzeit in seinen Händen.

Die COSAC trete insgesamt viermal jährlich zusammen. Zu Jahresbeginn tage die sogenannte Vorsitzendenkonferenz, am Ende der jeweiligen Ratspräsidentschaft zur Jahresmitte die Vollversammlung. Dies wiederhole sich im zweiten Halbjahr mit einer Vorsitzendenkonferenz zu Beginn der neuen Ratspräsidentschaft und einer Vollversammlung zu deren Ende.

Die aktuelle Vollversammlung im Zusammenhang mit der endenden Ratspräsidentschaft Österreichs habe sich den Schwerpunkten Brexit, Mehrjähriger Finanzrahmen sowie Transparenz und Bürgernähe gewidmet. Bei den Tagungen gehe es auch darum, die unterschiedlichen Befindlichkeiten in den Ländern zum Ausdruck zu bringen. In der COSAC seien nicht nur die 28 derzeit in der EU befindlichen Staaten vertreten; auch Beitrittskandidaten hätten die Möglichkeit, einen Beobachterstatus wahrzunehmen, wovon etwa Serbien Gebrauch mache.

Bezüglich des Mehrjährigen Finanzrahmens scheine sich seine Befürchtung zu bewahrheiten, dass eine Verabschiedung nicht vor der Europawahl gelingen werde. Derzeit finde sozusagen ein Pingpongspiel statt, bei dem auch das Europäische Parlament seines Erachtens sehr hoch pokere, um neue Kompromisslinien zu finden. Eine Einigung liege noch in weiter Ferne. Somit werde bis zur Europawahl womöglich kein entsprechender Haushalt für die Jahre 2021 bis 2027 verabschiedet werden können – mit der Folge, dass in jährlichen Zyklen ein festgeschriebenes Budget ohne weitere Kalkulationsgrundlage für kommende Jahre zugewiesen werde. Dies sei kein erstrebenswerter Zustand. Doch obwohl sich der Haushaltskommissar in Anbetracht vorheriger Erfahrungen frühzeitig auf den Weg gemacht habe, werde die Verabschiedung des Finanzrahmens nach seinem Eindruck nicht mehr rechtzeitig erfolgen.

Allerdings habe die Ratspräsidentschaft Österreichs es im 2. Halbjahr 2018 nicht zu ihrer vorrangigen Aufgabe gemacht, den Mehrjährigen Finanzrahmen voranzutreiben. Sie habe sich darum wenig gekümmert, sondern andere wichtige Themen in den Vordergrund gestellt, vor allem Sicherheit und Schutz, die Sicherung der Außengrenzen sowie Subsidiarität. Hinsichtlich des Mehrjährigen Finanzrahmens hingegen sei nicht nennenswert vorangekommen worden, was bedauerlich und schwierig sei.

Was den Brexit anbelange, hätten die Beratungen der COSAC parallel zu den Ereignissen in Großbritannien stattgefunden. Viele Akteure in der EU würden dafür, dass der ausgehandelte Vertragsentwurf zum Durchbruch komme. Es sei aber fraglich, ob dies in Großbritannien gelingen werde, zumal auch Bemühungen erkennbar seien, die Regierungschefin aus dem Amt zu bringen. Ein überstandenes Misstrauensvotum hätte allerdings den Vorteil, dass ein zweites Misstrauensvotum erst nach Ablauf eines Jahres erfolgen könne, was der Regierungschefin in gewisser Weise freie Hand ließe. Die politischen Verhältnisse in Großbritannien wirkten jedoch alles andere als stabil.

Der in wenigen Tagen zusammentretende Rat der Europäischen Union werde aller Voraussicht nach den vorliegenden Entwurf eines Austrittsvertrags mit Großbritannien befürworten. Letztlich werde es also auf das Votum in Großbritannien ankommen.

Er fuhr fort, am Rande der offiziellen Beratungen der COSAC hätten interessante Begegnungen und Gespräche stattgefunden. Beispielsweise habe der deutsche Botschafter in Österreich in der gebotenen Neutralität seine Einschätzung der aktuellen Regierung Österreichs kundgetan. Erstaunlich sei, dass beide österreichischen Regierungsparteien hinsichtlich ihrer Bewertung durch die Bevölkerung stabile Werte verzeichneten. In der Anhängerschaft der FPÖ beginne sich allerdings Unzufriedenheit auszubreiten, nachdem sich deren Wähler von der Regierungsbeilegung konkretere Ergebnisse erwartet hätten. Diese Regierung profitiere ganz offensichtlich von der extremen Schwäche der Oppositionsparteien, weshalb sie

leichtes Spiel habe. Die nach außen vermittelte Schlagkraft sei allerdings mit Fragezeichen zu versehen. Es handle sich um ein fragiles Gebilde, das sich noch bewähren müsse.

Beeindruckend seien aus seiner Sicht die Gespräche mit der französischen Seite verlaufen. Er erinnere sich, mit welcher Euphorie ursprünglich auf die Vorschläge von Staatspräsident Macron reagiert worden sei, wovon er sich selbst nicht ausnehmen wolle. Die jetzigen Zustimmungswerte der französischen Bevölkerung zu ihrem Präsidenten lägen hingegen unterhalb der Werte von Präsident Hollande zu dessen schlechtesten Zeiten, ein rasanter Absturz innerhalb eines Jahres. Für die französische Seite sei dies ein bedrückendes Phänomen. Auch dort gebe es im Moment keine politische Kraft, die dem etwas entgegensetzen könnte.

Präsident Macron erscheine angesichts einer Zustimmungsquote von nur 14 % extrem geschwächt; seine Absicht, mit der ehemals erfolgreichen Bewegung „En Marche!“ auch europaweit zu wirken, sei in den Hintergrund getreten. Ende der Woche finde in Frankreich ein großer traditioneller Kongress der Regional- und Kommunalpolitiker statt, auf dem der französische Präsident üblicherweise das Wort ergreife. Angesichts der Ablehnung, die ihm gegenwärtig entgegenschlage, habe Macron seine Teilnahme diesmal abgesagt. Die französische Wirtschaft sei gut aufgestellt und schwächle derzeit nicht. Dennoch werde in Frankreich schon offen über eine erneute Präsidentschaft von Sarkozy diskutiert, dessen Comeback nicht undenkbar erscheine.

Auch wenn dies nur punktuelle Eindrücke widerspiegeln, halte er es für bemerkenswert, wie schnell die politische Stimmung umschlagen könne. Noch vor wenigen Monaten hätten Mitarbeiter aus Macrons Team den Gästen aus Deutschland mit einer gewissen Überheblichkeit erklärt, wie heute vorgegangen werde, um eine solche Bewegung aufs Gleis zu setzen. Wie sich nun zeige, werde auch dort nur mit Wasser gekocht. Zwar dürften auch in Deutschland die Verhältnisse gern wieder etwas stabiler werden, doch in Frankreich stottere der Motor derzeit ganz erheblich, was für die europäische Entwicklung insgesamt kein besonders gutes Vorzeichen darstelle.

Er teile mit, der EU-Ausschuss des Bundesrats und der Europaausschuss des französischen Senats, vertreten durch dessen Vorsitzenden Jean Bizet, hätten sich darauf verständigt, als Vertreter der Länderkammern eine gemeinsame Stellungnahme zum Elysée-Vertrag abzugeben. Ein Entwurf werde derzeit gefertigt und müsse anschließend mit den Beteiligten in beiden Ländern abgestimmt werden. Es gelte, einen gemeinsamen Nenner zu finden, den alle mittragen könnten. Auch ihm selbst sei wichtig, dass die Länderkammern einen klaren Akzent zur Fortschreibung des Elysée-Vertrags setzten.

Nach der Schilderung von Timothy Eric Boswell aus dem britischen House of Lords werde der Brexit in Oberhaus und Unterhaus weiterhin konträr eingeschätzt. Das House of Lords stelle sich gegen den Brexit, sehe aber keine Chance, vor dem 29. März 2019 zu einem zweiten Referendum zu gelangen, um den Brexit abzuwenden. Auch jene, die den Brexit nicht wollten, seien der Überzeugung, dass dieser jetzt erst einmal stattfinden müsse, nach Möglichkeit begleitet von einem Austrittsabkommen. Erst danach – so die Überzeugung – werde es in Großbritannien eine Bewegung geben, die diese Entwicklung gegebenenfalls zurücknehme. Im Moment sei das Land in dieser Frage unverändert tief gespalten.

In den Plenardebatten der COSAC seien am heftigsten und emotionalsten die Vertreter von Ungarn und Italien aufgetreten. Gerade die italienischen Delegierten hätten eine Emotionalität an den Tag gelegt, die beinahe schon schauern lasse. Wer glaube, in Italien seien Erosionserscheinungen eingetreten oder mangle es an Selbstbewusstsein, der sehe sich getäuscht. Hinsichtlich seiner Haushaltspolitik und seiner Migrationspolitik wähne sich Italien auf dem absolut richtigen Weg und stehe damit nicht allein. Auch Ungarn trete diesbezüglich ausgesprochen selbstbewusst auf.

Angesichts der herrschenden Stimmungslage und des heterogenen Meinungsbilds falle es zunehmend schwer, für das gemeinsame Projekt der Europäischen Union immer wieder eine klare Linie zu finden. Dies werde zwar weiterhin mit großer

Leidenschaft versucht, doch würden die Diskussionen schwieriger und die Positionen heterogener, was die Angelegenheit nicht erleichtere.

Abg. Dr. Heiner Merz AfD äußerte, das Auftreten von Italien und Ungarn oder auch die Tatsache, dass der französische Staatspräsident Macron politisch angeschlagen sei, bringe für die Europäische Union manches ins Wanken. Im Moment sehe er aber nur, dass sich Macron auf Kosten Deutschlands profilieren wolle, wenn dieser neue Aspekte in die EU einbringe, die teilweise bedenklich seien.

Der Minister habe vorgetragen, dass er eine Gefahr darin sehe, wenn der EU-Finanzrahmen nicht rechtzeitig verabschiedet werde. Er selbst hingegen wolle darauf hinweisen, dass der Haushalt für die Jahre 2021 bis 2027 die nachfolgende Legislaturperiode betreffe, weshalb er sich frage, wieso über diesen Etat unbedingt noch vor der Wahl des Europäischen Parlaments entschieden werden müsse und wozu dieser Aktionismus diene. Zudem werde dieser Mehrjährige Finanzrahmen dem Vernehmen nach Kürzungen im Agrarbereich und bei den Strukturfonds enthalten oder auch Kürzungen für Staaten vorsehen, die zu lax mit EU-Bestimmungen umgingen.

Er erkundigte sich, welche Nettobelastung der Mehrjährige Finanzrahmen in der jetzt vorgestellten Form für Baden-Württemberg bedeute und ob der geplante Eurozonenverbund im Mehrjährigen Finanzrahmen berücksichtigt sei.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP stellte fest, unabhängig von dem Auftreten und dem Selbstbewusstsein einzelner Staaten sei der EU-Kommission doch bekannt, wie das Spiel laufe. Auch im Falle Griechenlands sei bewiesen worden, dass ein gewisses Durchhaltevermögen vorhanden sei. Im Plenum des baden-württembergischen Landtags seien die Haushaltspläne der italienischen Regierung massiv kritisiert worden, doch müsse irgendwann auch einmal die gelbe oder die rote Karte gezogen werden. Er bitte den Minister diesbezüglich um eine Einschätzung, zum einen hinsichtlich des Zeithorizonts, zum anderen im Hinblick auf die Ergebnisse von Gesprächen mit EU-Vertretern.

Abg. Josef Frey GRÜNE merkte an, mit der heutigen Debatte solle nicht die Beratung des europapolitischen Berichts vorweggenommen werden. Der Minister habe soeben eindrücklich über die Stimmungslage in europäischen Gremien berichtet. Nicht immer seien jedoch die Lauten und Emotionalen am Ende auch die Stärksten, sondern jene, denen bewusst sei, wo ihre Schwächen und Stärken lägen. Auch im Falle Italiens werde sich zeigen, dass mit Lautstärke allein keine Politik zu machen sei. Letztlich könne jeder Euro nur einmal ausgegeben werden und müssten bestimmte Regeln eingehalten werden. Dies werde seines Erachtens auch in Italien ankommen.

Bezüglich der Einschätzung des französischen Präsidenten Macron interessiere ihn im Übrigen auch die Meinung der in der heutigen Sitzung anwesenden Vertreter der vier Eurodistrikte.

Gemäß Abschnitt I Ziffer 1 der Mitteilung des Ministeriums habe die EU-Kommission angekündigt, einen Bericht vorzulegen, der aufzeige, wie mit den Vorschlägen der Taskforce Subsidiarität umgegangen werden solle. Ihn interessiere, auf welche Weise künftig Fristen gehandhabt würden. Möglicherweise könne zeitlicher Spielraum gewonnen werden, was wiederum eine sehr kurzfristig anberaumte Befassung des Parlaments, wie sie in der heutigen Sitzung moniert worden sei, verhindern helfe.

Abg. Peter Hofelich SPD unterstrich, er unterstütze den Vorschlag des Vorsitzenden, Berichte über europapolitische Themen zukünftig sowohl im Ausschuss als auch im Plenum zu beraten, denn im Rahmen einer Plenarsitzung könne die thematische Breite dieser Mitteilungen nicht umfassend ausgeschöpft werden. Zudem könne sich im Ausschuss ein ausführlicher Dialog mit dem zuständigen Minister ergeben.

Er erläuterte, die Lage in Italien könne durchaus Sorge bereiten. Er selbst stehe noch unter dem Eindruck eines Vortrags in Göppingen, bei dem sich am Vortag sowohl ein Vertreter des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirt-

schaftlichen Entwicklung als auch ein Vertreter des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung besorgt über das Wachstum und die Struktur Italiens geäußert hätten. Markiges Auftreten nach außen sei auch ein Zeichen innerer Schwäche. Italien sei eigentlich der stärkste industrielle Partner in Europa, was die Situation nicht vereinfache.

Weiter führte er aus, mit der Rechtsstaatlichkeit habe der Minister einen Punkt bereits indirekt angesprochen, der Europa ein besonderes Anliegen sei. Im Januar werde Rumänien im festgelegten Turnus die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Der Fortschrittsbericht belege, dass dort eher Rückschritte zu verzeichnen seien. Die Ratspräsidentschaft könnte folglich eher belastend wirken. Er bitte den Minister diesbezüglich um seine Einschätzung.

Angesichts der erhitzten Baukonjunktur seien in Baden-Württemberg derart viele rumänische Bauarbeiter beschäftigt, dass in deren Herkunftsland vermutlich bereits Mangel an Fachkräften herrsche. Diese rumänischen Bürger lebten zwar in Deutschland, wüssten aber wenig über die hiesige Art zu leben, auch bezogen auf Rechtsstaatlichkeit oder Korruptionsfreiheit. Er habe nicht den Eindruck, dass im Alltag ein Austausch oder Dialog mit diesen Menschen stattfinde, die oft nur vorübergehend hier lebten. Er appelliere, sich politische Programme zu überlegen, um diejenigen, die zu Gast seien, um hier zu arbeiten, auch an die demokratische Kultur Baden-Württembergs heranzuführen und um miteinander bekannt zu werden.

Abg. Joachim Kößler CDU fragte, welche Stimmung bei der COSAC in Wien hinsichtlich des Eurozonenbudgets geherrscht habe.

Er bat um Auskunft, wie eine gemeinsame Verteidigung bewertet werde und ob angesichts der unterschiedlich zugeordneten nationalen Armeen überhaupt die Möglichkeit hierzu bestehe.

Minister Guido Wolf sicherte vorab zu, über die mündliche Beantwortung der Fragen hinaus könne zu speziellen Details bei Bedarf noch in einem gesonderten Bericht Auskunft gegeben werden.

Auf die Frage des Abg. Dr. Heiner Merz AfD, weshalb der Mehrjährige Finanzrahmen der EU noch in der laufenden Legislaturperiode verabschiedet werden solle, antwortete er, da der etatisierte Zeitraum tatsächlich die nachfolgende Wahlperiode betreffe, könne zwar der Standpunkt vertreten werden, dass die künftigen Akteure, die dann Verantwortung trügen, darüber auch befinden sollten. Das Problem liege jedoch im zeitlichen Ablauf. Die Europawahl finde im Mai 2019 statt, wonach sich Parlament und Kommission in neuer Zusammensetzung konstituieren müssten. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass die Verhandlungen über das komplette Haushaltspaket und dessen Verabschiedung ein bis zwei Jahre in Anspruch nähmen. Insofern sei bei einer Verschiebung in die nächste Legislaturperiode nicht davon auszugehen, dass pünktlich zum Auslaufen des aktuellen Finanzrahmens ein beschlossener neuer MFR vorliege.

Misslinge dies, dann werde jährlich ein pauschales Budget zur Verfügung gestellt. Für die zahlreichen mehrjährigen Projekte seien aber Sicherheit und Kalkulierbarkeit nötig. Ziel müsse daher sein, direkt im Anschluss an das Auslaufen des geltenden Haushaltsplans mit einem verbindlichen neuen Finanzrahmen fortfahren zu können.

Auch die handelnden Personen wie beispielsweise der Haushaltskommissar wechselten nach der Wahl und könnten nicht aus dem Stand mit der Aufstellung eines neuen Finanzrahmens beginnen. Bekanntlich dauere es mindestens eineinhalb Jahre, bis eine Einigung aller Beteiligten erfolge.

Er gab bekannt, der Anteil des Landes Baden-Württemberg am Budget lasse sich schlecht beziffern, da die Zahlungen aus Bundesmitteln erfolgten. Indirekt sei das Land zwar als Kofinanzierer mit im Boot, doch gebe es keine expliziten Länderanteile. Das Eurozonenbudget sei seines Wissens nach heutigem Stand nicht beinhaltet. Beabsichtigt sei vielmehr, ein zusätzliches, eigenständiges Budget jenseits des Mehrjährigen Finanzrahmens zu schaffen.

Zu den von Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP angesprochenen Differenzen zwischen Italien und der EU äußerte Minister Guido Wolf, gegenwärtig gelte gewissermaßen das Mikado-Prinzip, wonach derjenige verloren habe, der sich zuerst bewege. Die italienische Seite wirke entschlossen, ihr Vorhaben fortzuführen, und scheine nicht verhandlungsbereit. Die Kommission werde sicherlich bis zuletzt alle Möglichkeiten ausloten wollen, um einen gangbaren Weg zu finden. Dem Vernehmen gebe es durchaus die Bereitschaft, mit entsprechenden, in der Verfassung vorgesehenen politischen Antworten zu reagieren, wenn sich die italienischen Entscheidungsträger nicht besännen.

Er hob hervor, die Ansicht des Abg. Josef Frey GRÜNE, das Feld nicht allein den Lauten zu überlassen, teile er. Er habe lediglich die im Rahmen der COSAC vorgefundene Stimmungslage wiedergegeben. Dort habe er mit denselben französischen Kollegen gesprochen, die noch vor einem halben Jahr mit glänzenden Augen von Macrons Aktivitäten berichtet und diese mit großer Erwartung begleitet hätten. Insofern seien die Ernüchterung und der kräftige Absturz überraschend. Die Entwicklung bleibe abzuwarten; jedem Tief könne auch wieder ein Hoch folgen.

Der Abschlussbericht der Taskforce Subsidiarität bedeute nur einen Zwischenschritt, aber nicht das Ende der Diskussion. Der Bericht liege als Mitteilung der Kommission vor und werde ordnungsgemäß im Ausschuss für Europa und Internationales thematisiert.

Er fuhr fort, Einigkeit bestehe hinsichtlich des Statements des Abg. Peter Hofelich SPD. Was sich in Rumänien abspiele, bewerte er aus rechtsstaatlicher Sicht als ebenso dramatisch wie die Vorgänge in Polen und Ungarn. In Rumänien gehe es zudem um einen sehr laxen Umgang mit Korruption. Die Leiterin der Antikorruptionsbehörde sei in einer Nacht- und Nebelaktion aus dem Amt gebracht worden. Mittels einer Justizreform werde versucht, die Haft des zweifach verurteilten Parteivorsitzenden der regierenden PSD abzuwenden. Vielfach zeigten sich alte Strukturen, wie sie aus diesem Land bekannt seien. Er halte es für eine Hypothek, wenn Rumänien am 1. Januar 2019 die EU-Ratspräsidentschaft übernehme.

Er wies darauf hin, dass Anfang Dezember 2018 in der Landesvertretung in Brüssel eine traditionelle Veranstaltung zum Wechsel der Ratspräsidentschaft stattfindet, wobei Gelegenheit bestehen werde, den Kollegen aus Rumänien zu begegnen. Sein Haus werde darauf drängen, dass kritische Themen während der halbjährigen Ratspräsidentschaft nicht ausgeklammert würden, so unangenehm dies für den Ratspräsidenten auch sein möge.

Auf den fehlenden Dialog mit rumänischen Staatsbürgern, die sich temporär im Land aufhielten, habe Abg. Peter Hofelich SPD hingewiesen. Eine Antwort hierauf sei schwer zu finden. Praktische Begegnungen im Alltag, die einen Austausch nahe legten, führten leider nicht zwingend dazu, dass nach der Rückkehr dieser Bürger in ihre Heimat die Bereitschaft entstünde, funktionierende Strukturen ins eigene Land zu tragen. Insofern sei und bleibe dies ein wichtiger Überzeugungsprozess.

Die Lage in Rumänien empfinde er auch deshalb als schmerzlich, weil das Land bärenstark sei, eine gute Konjunktur aufweise und eine florierende Wirtschaft besitze. Das Land könnte in Europa vorne mitspielen, befinde sich aber in einem selbst gewählten, massiven Rückzug, was die Rechtsstaatlichkeit anbelange. In diesem Konflikt versuche der Staatspräsident, zu retten, was noch zu retten sei, während die Regierung agiere. Im kommenden Jahr stünden Wahlen an, sodass die Entwicklung als eher instabil zu bezeichnen sei.

Er kündigte an, im kommenden Jahr werde in Ulm eine Donau-Justizministerkonferenz einberufen, um Fragen der Rechtsstaatlichkeit, die seines Erachtens ein Überlebenssthema für die Europäische Union seien, verstärkt zu thematisieren und den Dialog immer wieder neu anzustoßen.

Abschließend informierte er bezüglich der Frage des Abg. Joachim Köbler CDU, bislang herrschten bezüglich des Eurozonenbudgets und einer gemeinsamen militärischen Verteidigung im großen Kreis eher diffuse Einschätzungen. Zur Verteidigung benenne jeder einige positive Aspekte; die Frage müsse allerdings sein, wie viel an eigener Kompetenz jeder bereit sei aufzugeben. Eine gewisse Grund-

übereinstimmung, dass eine gemeinsame Verteidigung klug, gewinnbringend und effizienter sein könne, sei vorhanden. Zum Eurozonenbudget hingegen lägen die Meinungen noch ziemlich weit auseinander.

Der Ausschuss schloss sich dem eingangs vorgebrachten Verfahrensvorschlag des Vorsitzenden an, Berichte des Ministeriums über aktuelle europapolitische Themen künftig auch im Ausschuss eingehend zu beraten.

Einvernehmlich kam der Ausschuss überein, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Drucksache 16/5072 Kenntnis zu nehmen.

17. 12. 2018

Gramling